



SchwabeMail

Newsletter aus Berlin

4. Kalenderwoche 2010

Liebe Freundinnen und Freunde,

Afghanistan war eines der beherrschenden Themen der letzten Wochen. Endlich gibt es eine offene Debatte über die Zukunft des Einsatzes. Aktuell kann ich mit bei aller Skepsis einen abrupten Abzug nicht vorstellen. Insgesamt brauchen wir allerdings andere Perspektiven für die Außenpolitik als Krieg. Dazu stehe ich gerne zu jeder Diskussion zur Verfügung.

Heftig diskutiert wird über Parteispenden anlässlich der Hotelpenden für FDP und CSU. Auch wenn sich die Regierung megapeinlich verhält, ist die Debatte dennoch unehrlich und vermindert die Akzeptanz der Parteien weiter. Ich bin für ein Verbot von Parteispenden für alle! Der Staat muss diesen Finanzierungsanteil übernehmen.

Rotrotgrüne Debatten gab es einige in der letzten Woche. Gelassenheit ist notwendig. Es gibt zur Suche nach neuen gesellschaftlichen und dann im Anschluss parlamentarischen Mehrheiten unter parteipolitischer Führung der SPD gar keine Alternative! www.spd-denkfabrik.de

Am Donnerstag der letzten Sitzungswoche Debatte zum Klimaschutz. 8 Minuten Redezeit. SPD fordert ein Klimaschutzgesetz. Eine engagierte Klimapolitik braucht mehr als warme Worte von Umweltminister Röttgen.

Das Rennen bei der NRW-Wahl ist mehr als offen. Unser Ziel heißt Rot-Grün. Es gibt genug Gründe dafür in NRW. Endlich gibt es aber auch mal wieder Rückenwind aus Berlin.

Glückauf!



AG Rechtsextremismus

Seit Anfang dieser Legislaturperiode ist Frank Schwabe Mitglied der AG Rechtsextremismus. In dieser Woche fand das erste ordentliche Treffen der AG statt, bei dem es hauptsächlich um durch Familienministerin Kristina Köhler (CDU) bereitgestellte Gelder zur Bekämpfung von Linksextremismus ging. Zwei Millionen Euro sollen eingesetzt werden. Kritisch vor allem, weil die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten im Vergleich zu den Rechtsextremistischen immer noch erheblich geringer ist.



3,7 Milliarden für Endlager

Bundesumweltminister Röttgen nahm im Unterausschuss Stellung zu der Räumung des Atommüll-Endlagers Asse und teilte mit, dass die Kosten ca. 3,7 Mrd. Euro betragen werden. Das ist jedoch erst der Anfang: CDU und FDP wollen den Betrieb der AKWs verlängern, damit werden die Kosten für die Entsorgung des Atommülls in den nächsten Jahren weiter steigen. Protest gegen die Laufzeitverlängerung: 24. und 25. April, Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel. Nähere Infos dazu gibt es in den nächsten Wochen auf der Homepage von Frank Schwabe.